



## Zeitzeugen

Pfeifkonzert gegen Krankenhauspläne  
(Kieler Nachrichten vom 20. April 2000)

# Pfeifkonzert gegen Krankenhauspläne

**Kiel (std)** Mit Transparenten, Trillerpfeifen und einer Strohpuppe zogen gestern rund 100 Ärzte, Schwestern und Pfleger aus Kiel und Neumünster vor das Sozialministerium, um gegen das Gutachten zur Krankenhausplanung zu protestieren. Auslöser des Ärgers ist der Vorschlag, zwölf Kliniken aus der Planung herauszunehmen. Betroffen davon sind auch die Kieler Klinik Waldwiese sowie die Klinik Klosterstraße aus Neumünster, die mit einer gemeinsamen Demonstration Druck für die kommenden Gespräche machen wollten.

„Die Mitarbeiter haben effektiv Angst um ihre Arbeitsplätze“, fasste der Neumünsteraner Klinik-Chef Wolfgang Bewernick zusammen, der Gesundheitsministerin Heide Moser ein Protestschreiben über-

reichte. Für den Vorschlag, ausgerechnet seine Fachklinik für Gynäkologie zu schließen, habe er „keinerlei Verständnis, denn wir arbeiten wirtschaftlich und auf einem hohen qualitativen Niveau“. Das Gutachten gehe an den Fakten vorbei und sei keine Planungsgrundlage.

Ähnlich äußerte sich auch Stephan Rutsch, Verwaltungsleiter der Klinik Waldwiese. „Das Spiel ist noch nicht zu Ende. Man kann doch eine gut laufende Klinik nicht einfach kaputt machen.“ Verärgert zeigte sich Rutsch auch über die Vorgehensweise: „Es heißt, es haben zahlreiche Gespräche stattgefunden. Mit uns hat definitiv niemand gesprochen.“

Den ausführlichen Dialog sicherte gestern Ministerin Moser zu. Sie betonte noch einmal: „Das Gutachten ist und bleibt



**Klinik-Chef Wolfgang Bewernick überreichte Gesundheitsministerin Moser ein Protestschreiben seiner Mitarbeiter.** Foto aug

eine Planungsgrundlage, es ist aber kein Vorentwurf.“ Einzelne Empfehlungen könnten natürlich hinterfragt werden, nicht aber die Methode. „Die Bettenzahl ist nur noch eine Hilfsgröße, künftig geht es allein darum, welche medizini-

schen Leistungen gebraucht werden.“

Die Gewerkschaft ÖTV kritisierte das Gutachten indes als reines „Bettenabbau-Gutachten“, die Schmerzgrenze der Beschäftigten sei bereits jetzt erreicht.